



## Titel: »Wir jagen Ferraris mit dem Fahrrad«

Im Wirtschaftsressort schreibt Mark Schieritz über das Ringen von Union und SPD um Antworten auf die jüngsten Skandale (»Was hilft gegen Steuersünder?«, Seite 22). Außerdem: Ein Gastbeitrag des BGH-Richters **Thomas Fischer** über »Täter, die sich für Opfer halten« (Seite 23)



# »Wir sind die Dummen«

Steuerfahnder und Finanzbeamte treiben für den Staat Milliarden ein, doch sie werden beschimpft und bedroht, einige gehen nebenher putzen. Meist bleiben sie im Hintergrund. Hier erzählen sie von ihrer Arbeit – und davon, wie die Politik sie oft im Stich lässt

VON ANITA BLASBERG, ROLAND KIRBACH, STEPHAN LEBERT UND CATERINA LOBENSTEIN

Tino Ulbrich, Finanzbeamter aus Dresden Stefanie Vogel, Finanzbeamtin aus Stuttgart

Alice Schwarzer sagt: »Das Konto war ein Fehler. Den bedauere ich von ganzem Herzen.« Uli Hoenes sagt: »Ich habe Riesenmist gebaut, aber ich bin kein schlechter Mensch.« Theo Sommer, der ehemalige ZEIT-Chefredakteur, sagt über sein Steuerergehen: »Es war töricht.« Und der Berliner Kulturstaatssekretär André Schmitz, der am Dienstag wegen seines Schwarzgeldkontos zurückgetreten ist, sagt: »Ich habe einen schwerwiegenden Fehler begangen.«

Allein im Jahr 2012 wurden in Deutschland rund 70 000 Steuerstrafverfahren bearbeitet. Steuerhinterzieher wurden zu insgesamt 2340 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt und zu 56,5 Millionen Euro Bußgeld – zusätzlich zur nachgezählten Steuer.

Die meisten Täter aber kommen ungeschoren davon, sagen jene, die es wissen müssen: deutsche Finanzbeamte und Steuerfahnder. Bis zu 200 Milliarden Euro aus Deutschland, schätzen sie, lagern noch un versteuert in der Schweiz.

Wie kann das sein?  
Wir haben Menschen zum Gespräch überredet, die Tag für Tag nichts anderes tun, als Steuern einzutreiben – die normalerweise im Schatten bleiben, aber jenes Geld einsammeln, ohne das dieses Land nicht funktionieren würde. Wir haben Ermittler und Finanzbeamte getroffen, verstreut in der ganzen Republik, in Cafés und an ihrem Arbeitsplatz. Manche wollten gar nicht mehr aufhören zu reden. Einige zogen es am Ende vor, anonym zu bleiben,

sie fürchteten die Reaktion ihrer Vorgesetzten. Andere konnten freier reden, weil sie Gewerkschafter sind. Die meisten wollten nicht im Verborgenen anklagen. Ihnen war die Sache zu wichtig. Die Gespräche drehten sich um nichts anderes als um das Verhältnis zwischen dem Staat und seinen Bürgern – den armen und vor allem den reicheren.

»Wenn in einer Fernsehserie ein Finanzbeamter auftaucht, ist der immer der Blödmann: faul, lahm und unfreundlich. Wenn die Zeitung über uns schreibt, dann meistens schlecht. Wir sind die Dummen, die man ruhig austricksen kann.«

Tino Ulbrich, Finanzbeamter aus Dresden

»Im Prinzip sind wir wie Täter-Kommissare – nur ohne Leiche. Wir müssen uns in die Täter hineinversetzen und herausfinden, welchen Weg sie gewählt haben, um ihr Einkommen zu verschleiern. Wir sorgen für Gerechtigkeit, so seh ich das. Weil sich immer mehr finanziell Starke aus der Steuerpflicht stehlen, müssen alle anderen mehr zahlen. Es ist ein Diebstahl ungeheuren Ausmaßes.«

Werner Stupka, Steuerfahnder aus Nürnberg und Mitglied der Gewerkschaft ver.di

»Unsere Beschuldigten sind unberechenbar, deshalb machen wir Hausdurchsuchungen niemals allein. Wir absolvieren Selbstverteidigungskurse

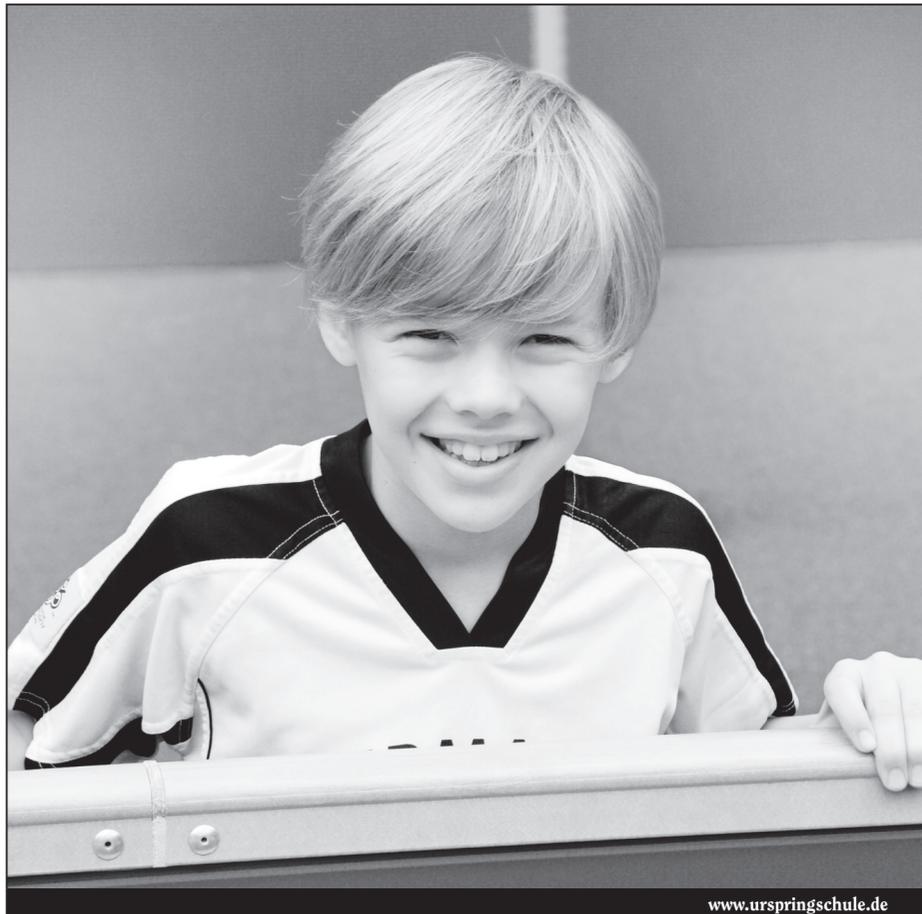
und lernen, wie man selbstbewusst auftritt, wenn man morgens um sechs bei einem Fremden klingelt, der viel Geld zu verlieren hat. Wir haben eine kleine Sprühdose mit Reizgas dabei. Seit Neuestem tragen wir auch schussichere Westen. Aber ein Restrisiko bleibt immer.«

Eine Steuerfahnderin aus Leipzig

Im Oktober 2010 betritt ein Mann, der über eine Steuernachforderung wütend ist, ein Leipziger Finanzamt und überschüttet einen Beamten mit Spiritus. Der Beamte überwältigt den Angreifer im

Fortsetzung auf S. 14

ANZEIGE



www.urspringschule.de

Urspring macht Schule. Und mehr.

## Fürs Leben lernen

Unsere Aufgabe und unser Ziel sehen wir in der Hilfe beim Erarbeiten von Lebenskompetenz.

Was wir in Urspring machen, ist eigentlich ganz einfach: Wir helfen Kindern und Jugendlichen bei dem schwierigen Prozess, mit den Anforderungen des Lebens, mit sich selbst und mit anderen gut zurechtzukommen. Orientierung geben heißt für uns, Richtungen und Wege zeigen.

Durch das Zusammenleben und -lernen entwickeln die Schüler und Schülerinnen ein feines Gespür für Kommunikations-, Konflikt- und Teamfähigkeit. Durch die doppelte Qualifikation von Lehre / Sport und Schule verbessern sich Fleiß, Selbstdisziplin und viele weitere wichtige Eigenschaften des persönlichen Charakters.

Das Leben in Urspring vermittelt durch seine bunte Vielfalt ein hohes Maß an „Soft Skills“.

Wir freuen uns auf Sie am Tag der offenen Türen am Sonntag, 9. März 2014 ab 10 Uhr.

Gemeinnützige Stiftung Urspringschule  
Staatlich anerkanntes Gymnasium mit Grundschule  
Internatsschule  
Abitur mit Gesellenbrief  
Basketballinternat des DBB  
Leiterin: StD'in Ingrid Sund, M. A.  
D-89601 Schelklingen  
Telefon: +49 (0) 7394 246-11  
E-Mail: info@urspringschule.de  
www.urspringschule.de

Urspring  
macht Schule

Und mehr.



»Als mir klar wurde, dass man sogar meine Kinder in die Sache hineinzo, bat ich um Versetzung ans Amtsgericht«

Margrit Lichtigthagen, einst Jägerin prominenter Steuersünder

»Eine bundesweite Fallkartei – davon können wir nur träumen. Wir leben fahndungstechnisch in den siebziger Jahren«

Werner Stupka, Steuerfahnder aus Nürnberg



Fortsetzung von S. 13

## »Wir sind die Dummen«

letzten Moment. Ebenfalls in Leipzig wird ein Steuerfahnder in der Straßenbahn überfallen, im sächsischen Freiberg ein Außendienstler mit einer Axt beworfen.

»Unsere Arbeit ist gefährlicher geworden. Kollegen sind nach Dienstschluss verfolgt worden – sogar einmal bis nach Hause. Es gibt deshalb ein neues Sicherheitskonzept für den Steuerfahndungsdienst. In Leipzig sitzen wir hinter einem großen Metallgitter. Unsere Büros müssen geschützt sein und dürfen nicht im Erdgeschoss liegen. In den neunziger Jahren ist unser Gebäude in Brand gesetzt worden.«

Frank-Michael Welz, Leiter der Steuerfahndung Leipzig

»Den Frust der Bürger bekommen immer zuerst wir Sachbearbeiter ab. Ich versuche, möglichst viel über Briefkontakt zu kommunizieren, da bleibt der Ton sachlich. Die Kollegen im Außendienst werden oft beleidigt, bekommen Drohanrufe. Einige von uns haben zwar eine Nottaste am Rechner, aber wirklich absichern kann man sich gegen Angriffe nicht. Wie auch?«

Tino Ulbrich, Finanzbeamter aus Dresden

Ein Besuch in einem deutschen Finanzamt gleicht mitunter einer skurrilen Zeitreise: Ausgestellt ist die Büroökologie einer vergehenden Zeit. Braune Resopalschreibtische, Metallstühle ohne Polster, ratternde Computer mit Röhrenmonitoren. Manche Steuerfahnder, obwohl ständig unterwegs, müssen ohne einen Laptop auskommen. Die Fahnder im Finanzamt Nürnberg haben lange gekämpft, bis sie jetzt endlich ihre alten Nokia-Handys abgeben dürfen und moderne Smartphones mit Internetfunktion erhielten.

»Ein Kollege von mir sagt immer: Wir jagen Ferraris mit dem Fahrrad. Was bei der Polizei gang und gäbe ist – eine bundesweite Fallkartei –, davon können wir Steuerfahnder nur träumen. Wenn ein Täterkreis beispielsweise in Hessen intensiv verfolgt wird, wissen wir in Bayern überhaupt nichts davon – und umgekehrt. Über die Bundesländergrenzen hinweg existiert keine Datenverbindung. Wir leben fahndungstechnisch noch in den siebziger Jahren.«

Werner Stupka, Steuerfahnder aus Nürnberg

»Inzwischen haben unsere 130 Fahnder nur noch zehn Dienstwagen. Bei größeren Durchsuchungen müssen wir Autos mieten oder uns welche von der Kripo ausleihen.«

Ein Steuerfahnder aus Berlin

»Ich arbeite seit neun Jahren Vollzeit im mittleren Dienst, Besoldungsgruppe A7. Das sind 1580 Euro netto, nach Abzug von Kranken- und Pflegeversicherung. Damit ich privat vorsorgen kann, habe ich mir einen Nebenjob gesucht. Ich gehe abends putzen in einer Arztpraxis, ungefähr sieben Stunden in der Woche. Ich kenne viele Kollegen vom Finanzamt, die nebenher kellnern oder putzen. Das ist normal.«

Stefanie Vogel, Finanzbeamtin aus Stuttgart

»Meine Frau arbeitet im Außendienst. Sie kam mal in einen Betrieb, packte ihren Laptop aus, und als der Geschäftsführer das gesehen hat, hat er erst mal seine Belegschaft zusammengetrommelt und gefeicht: »Guckt euch das an, ein Museumstück!«

Tino Ulbrich, Finanzbeamter in Dresden

»Als ich vor neun Jahren als Finanzbeamtin angefangen habe, mussten wir zu zweit 1700 Fälle jährlich bearbeiten. Heute sind wir bei knapp 2200 Fällen pro Jahr. Dieselbe Arbeit wurde einfach auf weniger Schultern verteilt. Viele Stellen wurden abgebaut oder nicht neu besetzt.«

Stefanie Vogel, Finanzbeamtin aus Stuttgart

Die meisten deutschen Beamten und Staatsangestellten kosten viel Geld. Das gilt für Müllmänner, für Lehrer, für Staatsanwälte. Man muss nicht erwähnen, wie wichtig und verdienstvoll ihre Arbeit ist. Aber erst einmal ist sie ein Kostenfaktor, oft ein gewaltiger. Bei Finanzbeamten ist das anders. Sie bringen Geld. Ein durchschnittlicher Steuerfahnder sorgt für zusätzliche Einnahmen von rund einer Million Euro im Jahr. Ein einziger Fahnder. In Zeiten der leeren Kassen müssten die Frauen und Männer in den Finanzämtern die Helden der Stunde sein. Jede freie Stelle müsste sofort besetzt werden. Doch meist trifft das Gegenteil zu. Allein in Berlin wird wegen fehlenden Personals jedes Jahr ein hoher dreistelliger Millionenbetrag nicht eingezogen, schätzen Experten.

»Bundesweit haben wir für alle Steuerfälle nur 2750 Fahnder. Dabei gibt es einen Bedarf für rund 5000 Fahnder, das ärgert mich als Mitglied der Steuergewerkschaft. Eine Unterbesetzung von knapp 40 Prozent! Die Folge ist: Wir können gar nicht alles bewältigen, wir müssen uns auf das Wesentliche beschränken.«

Gerhard Groh, Steuerfahnder aus Nürnberg und Mitglied der Gewerkschaft ver.di

»Bis zu 50 Milliarden Euro gehen dem Staat jährlich durch Steuerhinterziehung verloren. Seit Jahren monieren die Bundesrechnungshöfe, dass die Millionäre in Deutschland kaum mit einer Steuerprüfung rechnen müssen. Obwohl es in dieser Einkommensgruppe bei rund 80 Prozent der Kontrollen Beanstandungen gibt.«

Aloys Altmann, Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein

»Was meinen Sie, warum die Unternehmen so gern zu uns nach Bayern kommen? Weil sie hier so selten geprüft werden. Für Bayern ist das kein Standortnachteil. Ein anderer Grund, warum es Bayern und andere Länder mit der Steuerprüfung nicht so ernst nehmen, ist der Länderfinanzausgleich. Je nach Steuerart fließen von jedem zusätzlichen Euro, den Bayern einnimmt, 60 bis 90 Prozent in den Länderfinanzausgleich. Die Beamten, die diese Steuern eintreiben, werden aber zu hundert Prozent vom Land Bayern bezahlt. Warum also sollte Bayern mehr Finanzbeamte einstellen? Damit andere Bundesländer davon profitieren?«

Gerhard Wipijewski, ehemaliger Betriebsprüfer aus Bayern und Vorsitzender der Bayerischen Finanzgewerkschaft

Wie streng die Steuern eingetrieben werden, variiert von Bundesland zu Bundesland und ist oft eine Frage des politischen Willens: So wird etwa in Hamburg ein mittelgroßer Betrieb durchschnittlich

alle zehn Jahre geprüft, in Bayern nur alle 20 Jahre. Während in Rheinland-Pfalz auf eine Million Einwohner etwa 36 Fahnder kommen, sind es in Thüringen gerade mal 19. Ausgerechnet im Großraum München, wo viele Unternehmen ihren Sitz haben, ist der Personalfehlbestand besonders hoch.

»Das hat nichts mit leeren Kassen zu tun, mit Ohnmacht. Oder was glauben Sie, warum ausgerechnet in den reichen Gegenden die Finanzämter so unterbesetzt sind?«

Reinhard Kilmer, ehemaliger Steuerfahnder aus Bochum

»Vor ein paar Jahren glaubte man, die Unterbesetzung mit Computertechnik abfangen zu können. Die Rechner sollen auffällige Steuererklärungen maschinell herausfiltern. Tatsächlich aber halten sie uns auf. Der Computer schlägt oft Alarm bei Fällen, in denen ein erfahrener Beamter sofort sehen würde, dass alles in Ordnung ist. Oder der Computer lässt Steuererklärungen durchs Raster rutschen, die einem Beamten sofort aufgefallen wären. Ich würde stutzig werden, wenn ein Selbstständiger ohne Mitarbeiter fünf Jahre in Folge jeweils einen neuen Laptop bei den Betriebskosten abrechnet. Dem Computersystem fällt das nicht auf, zumindest nicht, wenn die Kosten für den Laptop eine bestimmte Höhe nicht überschreiten. Die Steuerberater wissen das natürlich. Auch alle Spendenbelege, die unter 200 Euro liegen, winkt der Computer durch. Ein gerissener Steuerzahler kann also beliebig viele Spendenbeträge unterhalb von 200 Euro absetzen, ohne dass jemand prüft, ob das auch wirklich gespendetes Geld ist. Die Maschine ist nur bei sehr einfach strukturierten Fällen nützlich. Das Steuerrecht aber ist nicht einfach. Wir sehen, dass die Maschine ständig Fehler macht, haben aber keine Zeit, diese Fehler zu beheben. Glauben Sie mir, das ist extrem frustrierend. Bei uns auf den Schreibtischen stapeln sich die Steuererklärungen, und wir kommen gar nicht mehr hinterher.«

Stefanie Vogel, Finanzbeamtin aus Stuttgart

»Seit einigen Jahren vereinbaren die Vorgesetzten mit den Oberfinanzdirektionen Fallzahlen. Darin wird festgelegt, wie viele Betriebe geprüft, wie viele Steuererklärungen innerhalb eines Jahres bearbeitet werden müssen. Beamte bekommen ja alle drei Jahre eine Beurteilung, und da wird vor allem geschaut, ob die Zielvereinbarung eingehalten wurde. Gemessen wird der Prüfer nicht unbedingt an der Qualität seiner Arbeit, sondern an der Zahl der bearbeiteten Fälle. Wenn man sich an die Zielvorgaben halten will, bleiben für die Prüfung eines Kleinbetriebs nur vier oder fünf Tage Zeit – und zwar von der ersten Sichtung der Bilanzen bis zum Abschlussbericht. Natürlich geht das auf Kosten der Sorgfalt.«

Gerhard Wipijewski, ehemaliger Betriebsprüfer aus Bayern

»In einem Großbetrieb kommt im Schnitt alle vier bis fünf Jahre ein Prüfer vorbei, in einem mittelgroßen Betrieb nur alle 22 Jahre, bei Kleinbetrieben alle 40 Jahre. Ein Kleinbetrieb wie eine Imbissbude muss sogar nur alle hundert Jahre mit einer Prüfung rechnen.«

Aloys Altmann, Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein

Europa steckt mitten in der Staatsschuldenkrise. Die Bankenrettungen kosteten viele Milliarden Euro,

selbst im reichen Deutschland steigt die Staatsschuld jede Sekunde um 490 Euro. Gleichzeitig müssten große Summen investiert werden, etwa in Bildung und Infrastruktur. Straßen sind voller Schlaglöcher, Bibliotheken schließen, Schwimmbäder werden mit kühlerem Wasser gefüllt, das ist billiger. Allein für die dringende notwendige Sanierung der Straßenbrücken im gesamten Bundesgebiet werden 17 Milliarden Euro benötigt. Würde der Staat jedoch die 50 Milliarden Euro eintreiben, die ihm jährlich durch Steuerhinterziehung entgehen, hätten Bund und Länder seit 2011 keine neuen Schulden mehr aufnehmen müssen.

»Wir haben es hier in Berlin inzwischen häufig mit international organisierter Kriminalität zu tun, mit osteuropäischen Bauunternehmern, Autoschiebern, Schrott- und Elektrofirmen. Die handeln zum Beispiel mit Computerchips, zahlen die Umsatzsteuern nicht und schleusen damit Millionen am Staat vorbei. Oder sie operieren mit Scheinrechnungen. Es gibt in Berlin illegale Dienstleister, bei denen man packenweise unterschriebene Blankoquittungen kaufen kann. Da füllt ein Unternehmer dann nur noch aus, was er angeblich gekauft hat – und setzt den Rechnungsbetrag als Betriebsausgabe von der Steuer ab. Mit diesem Geld können beispielsweise Bauunternehmer wunderbar ihre illegalen Arbeitskolonnen bezahlen.«

Ein Steuerfahnder aus Berlin

»Das Phänomen der Scheinfirmen hat drastisch zugenommen: erfundene Firmen, die erfundene Rechnungen stellen, die dann wiederum als erfundene Betriebsausgaben abgesetzt werden. Allein das Finanzamt Nürnberg verfolgt aktuell Scheinrechnungen in Höhe von 100 Millionen Euro.«

Werner Stupka, Steuerfahnder aus Nürnberg

»Manche Betrüger gründen eigens eine Firma, die nur dazu da ist, fingierte Rechnungen auszustellen. Die karren dann etwa polnische Alkoholiker nach Berlin, lassen die als Gründer unterzeichnen, und zum Dank gibt's eine Flasche Schnaps. Die Kriminellen haben sich internationalisiert, aber das Strafrecht hat nicht Schritt gehalten. Einen polnischen Staatsbürger, der hier Umsatzsteuerbetrug begeht, kann ich nicht einfach vernehmen. Bei den Polizisten geht das mittlerweile, die haben Europol. Für Steuerstraftaten gibt es so was nicht. Wir stoßen ständig an Grenzen.«

Ein Steuerfahnder aus Berlin

»Selbst mittelständische Firmen haben inzwischen ausgeklügelte Steuersparmodelle, die sich über mehrere Staaten erstrecken. Auf der einen Seite kämpfen Steuerfachleute, die als Beamte meist auf sich allein gestellt sind, auf der anderen Seite international operierende Steueranwälte. Die sind optimal vernetzt, auf dem neuesten Stand der Technik und haben die Schwachstellen schon analysiert, da kennen wir noch nicht mal den Gesetzestext. Die deutsche Staatsgewalt endet an der Grenze, das wissen die. Und die unsere Rechtshilfesuche beantwortet werden, vergehen oft Monate. Die Hauptwaffe unserer Gegenspieler ist die Zeit: Da werden Formalitäten beanstandet, Fristen ausgereizt, Nachfragen gestellt. Die wissen natürlich: Dauern die Ermittlungen mehr als drei Jahre, wird die Strafe bereits stark gemildert.«

Gerhard Groh, Steuerfahnder aus Nürnberg

Auf der Liste der mehr oder weniger geschickten Steuersparer stehen nicht nur prominente Personen. Es finden sich auch bekannte Konzerne. Apple, Amazon, SAP: Ihnen allen wird vorgeworfen, Milliardensummen am deutschen Fiskus vorbeizumännern, meist mithilfe völlig legaler Steuertricks. Auch die HypoVereinsbank und andere Geldinstitute haben den deutschen Staat mit dubiosen Aktiengeschäften um etliche Milliarden betrogen. Nach Schätzung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft entgehen dem Staat durch solche Tricks jedes Jahr rund 160 Milliarden Euro.

»Meine Truppe wurde 2011 gegründet, um Auslandsfälle intensiv zu prüfen und internationale Steuerschlupflöcher aufzudecken. Wir beschäftigen uns primär nicht mit kriminellen Steuerbetrügern, sondern mit ganz legalen Steuerschlupflöchern. Oft erinnert mich unsere Aufgabe an das Rennen von Hase und Igel – die anderen sind meist schon da.«

Stefan Flamm, Chef der Auslandsfachprüfer beim zentralen Konzernprüfungsamt in Stuttgart

»Wie will ich einen international tätigen Konzern besteuern? Wenn Sie bei Amazon.de etwas bestellen, liefert Amazon EU S.a.r.L. in Luxemburg. Amazon Deutschland tut so, als ob es nur Logistik-Dienstleister wäre, und erhält einen geringen Anteil der Rechnungssumme. Der eigentliche Gewinn landet in Luxemburg. Die dortige Firma zahlt diesen als Lizenzgebühren an eine Lizenzverwaltungsfirma irgendwo in der Welt – und diese ist natürlich steuerbefreit.«

Prof. Lorenz Jarass, Steuerrechtler an der Wiesbadener Hochschule RheinMain

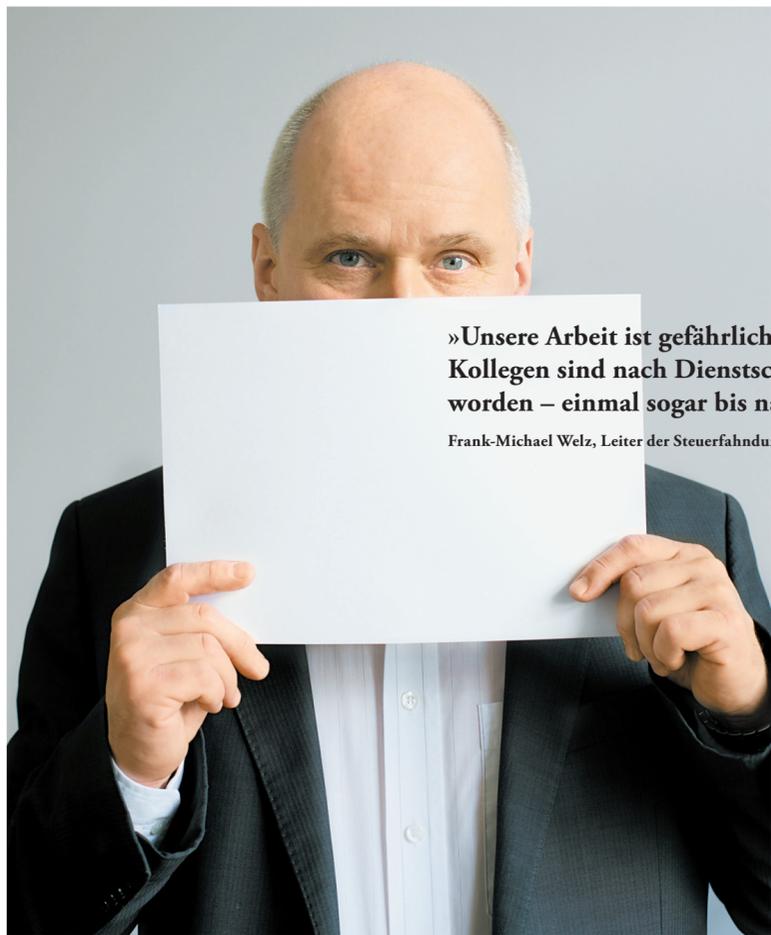
»Wenn ein US-Konzern in Deutschland Tochterfirmen gründet, kann er jede Menge Steuern sparen. Zum Beispiel, indem er in Deutschland eine Holding gründet, mit der er die Tochterfirmen, die ihm schon längst gehören, noch einmal kauft. Den Kredit für diesen Kauf nimmt er bei einer Finanzierungsgesellschaft auf den Bahamas auf, die ihm ebenfalls gehört. Dann muss er die Zins-einnahmen kaum versteuern, weil die Bahamas ein Steuerparadies sind. Und die Zinsausgaben kann er zweimal von der Steuer absetzen: in Deutschland und in den USA. Das ist völlig legal.«

Stefan Flamm, Chef der Auslandsfachprüfer beim zentralen Konzernprüfungsamt in Stuttgart

»Viele Schwachstellen des heutigen Steuerrechts sind sehenden Auges herbeigeführt worden. Im Jahr 2000 war ich Mitglied der Kommission zur Unternehmenssteuerreform. Dort war man mehrheitlich der Meinung, das internationale Großkapital müsse man durch Steuervergünstigungen anlocken. Das war wohl der Zeitgeist, auch bei den Journalisten. Dabei hatten wir ausreichend Kapital im Land. So kam es zum Sündenfall: Die Regierung hat Schlupflöcher gebohrt, Anreize geschaffen.«

Prof. Lorenz Jarass, Steuerrechtler

»Gegen die vielen Schlupflöcher können wir mit dem geltenden Recht nichts machen. Wir können in solchen Fällen nur an unsere Oberfinanzdirektion und an das Finanzministerium melden, dass wir eine neue Lücke gefunden haben, durch die dem Staat viel Geld entgeht. Dann liegt es an der Politik, das deutsche Steuerrecht anzupassen oder eventuell Abkommen mit anderen Ländern zu ändern. Doch bis so ein Gesetz



»Unsere Arbeit ist gefährlicher geworden. Kollegen sind nach Dienstschluss verfolgt worden – einmal sogar bis nach Hause«

Frank-Michael Welz, Leiter der Steuerfahndung Leipzig



»Was meinen Sie, warum die Unternehmen so gern nach Bayern kommen? Weil sie hier so selten geprüft werden«

Gerhard Wipijewski, Chef der Bayerischen Finanzgewerkschaft

oder eben ein Abkommen verabschiedet ist, können Jahre vergehen.«

**Stefan Flamm**, Chef der Auslandsfachprüfer beim zentralen Konzernprüfungsamt in Stuttgart

»Früher waren die meisten Steuerexperten Staatswissenschaftler, die darüber nachdachten, wie man die widerstreitenden Interessen zwischen Staat und Wirtschaft ausgleichen kann. Heute sind viele Steuerexperten vor allem Steuervermeidungsexperten. Die guten und sehr guten Absolventen eines Jahrgangs zieht es zu den international tätigen Steuerberatungskonzernen, wo sie zehnmal so viel verdienen können wie als Beamter. Die gesamte Steuerwissenschaft ist mittlerweile durchdrungen von Konzerninteressen – und Regierungen werden so beraten, dass ihre Gesetze gut zu umgehen sind.«

**Prof. Lorenz Jarass**, Steuerrechtler

»Als wir vor zwei Jahren unsere Reforminitiative starteten, waren wir optimistisch, dass es diesmal klappt – wann, wenn nicht jetzt? Wir, die Finanzminister aus Hessen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Bremen, hatten parteiübergreifend Vorschläge zur Steuervereinfachung erarbeitet. In unserem Gesetzentwurf ging es etwa darum, dass Handwerker-Rechnungen erst ab 300 Euro absetzbar sein sollten. Das würde Verwaltungsaufwand sparen – und nebenbei 400 Millionen Euro pro Jahr bringen.

Wir dachten wirklich, unsere Initiative wäre ein Selbstläufer, unsere Vorschläge waren breiter Konsens, und wir hatten ja selbst den hessischen CDU-Finanzminister an Bord. Doch als wir unser Papier eingereicht hatten, hörten wir erst mal: nichts. Wie ein schwarzes Loch hatte der Bundestag es verschluckt. Die Monate gingen ins Land, die Bundesregierung versicherte uns, dass die Steuervereinfachung für sie ein wichtiges Anliegen sei, aber nichts geschah. Der Entwurf wurde mit Kritik an Detailpunkten zerredet. Inzwischen denke ich, dass Steuervereinfachung zwar gern von jedem Politiker gefordert, aber ungern durchgeführt wird. Warum? Ganz einfach: weil es immer Gruppen gibt, die dabei verlieren würden.«

**Karoline Linnert**, Finanzsenatorin in Bremen, Die Grünen

will, sein Veto eingelegt hat. Der politische Wille scheint zu fehlen. Es gibt immer noch genug einflussreiche Menschen und Firmen, die ein Interesse daran haben, dass es Steueroasen gibt.«

**Reinhard Kilmer**, ehemaliger Steuerfahnder aus Bochum

*Der Bundesrechnungshof soll staatliche Verschwendung aufspüren. In fast jedem seiner Gutachten finden sich folgende zwei Wörter: »zu viel!« Zu viel Personal! Zu viel Aufwand! Kontrolliert der Rechnungshof aber die Arbeit der Finanzämter, stößt er regelmäßig auf Symptome des Mangels: zu wenig Personal, zu wenig Einsatz, zu wenig Abstimmung zwischen den Bundesländern. Gutachten besagen, dass allein die Einrichtung einer zentralen Steuerbundesverwaltung eine zweistellige Milliardensumme sparen würde. Jahrelang hat der Rechnungshof deshalb gefordert, die Steuererhebung künftig dem Bund zu unterstellen. Erfolgrlos. Auch im aktuellen Koalitionsvertrag finden sich nur vage Vorschläge.*

»In keinem Land der Welt ist die Steuergesetzgebung so ausgefeilt wie in Deutschland. Ständig werden neue Säue durchs Dorf getrieben, Vorschriften verkompliziert, Ausnahmeregel geschaffen – bis selbst die Finanzbeamten kaum noch durchblicken. Nehmen Sie allein die Mehrwertsteuer: Das ist ein sehr kompliziertes und verwaltungsaufwendiges System – betrugsanfällig obendrein, weil es unterschiedliche Sätze gibt, die teilweise jeder Vernunft entbehren. Warum zahlt man auf Tierfutter weniger Mehrwertsteuer als auf Babywindeln? Oder: Wenn Sie bei McDonald's einen Burger kaufen, fallen unterschiedliche Mehrwertsteuern an, je nachdem, ob Sie den Burger im Restaurant essen oder ihn mitnehmen.«

**Aloys Altmann**, Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein

»Ich bearbeite die Steuererklärungen von Selbstständigen, da ist die Gesetzeslage oft extrem kompliziert. Viele Vorschriften ändern sich ständig. Manchmal habe ich Steuererklärungen aus verschiedenen Jahren auf dem Tisch liegen, und für jede Erklärung gilt ein anderer Gesetzestext. Effizientes Arbeiten ist da sehr schwierig. Geschummelt wird nicht nur in der Welt von Uli Hoenes und Klaus Zumwinkel. Geschummelt wird in allen Schichten. Es gibt Ärzte, die in ihrer Steuererklärung die Gewinne ihrer Praxis nach unten drücken. Taxifahrer, die Belege fälschen, Handwerker, die es mit der Umsatzsteuer nicht so genau nehmen. Und Pendler, die bei ihren Fahrten immer noch ein paar Kilometer mehr draufschlagen. Ein einfacher Angestellter ist in unserem Steuersystem aber im Nachteil. Für die Behörden ist der quasi gläsern. Der schreibt vielleicht 50 Kilometer in die Steuererklärung, obwohl er nur 30 Kilometer bis zur Arbeit braucht. Der rechnet vielleicht auch mal einen privaten Computer als Arbeitsgerät ab. Aber der kann nicht im großen Stil Steuern hinterziehen oder vermeiden. Das können eher Unternehmer und vor allem internationale Konzerne.«

**Tino Ulbrich**, Finanzbeamter aus Dresden

*Chaotischer Föderalismus. Unterbesetzung der Finanzämter. Kapitulation vor den Konzernen. All das ist seit Jahren bekannt, wird aber von der Politik nicht ernsthaft angegangen. Nach einer aktuellen Studie der Bundesbank besitzen die wohlhabendsten zehn Prozent der Bundesbürger rund 60 Prozent des gesamten Vermögens. Seit einigen Jahren herrscht*

*Unruhe unter ihnen. Wiederholt hat der Staat CDs mit den Daten ausländischer Banken gekauft. Nun häufen sich die Selbstanzeigen vermöglicher Bürger, die einer Anklage zuvorkommen wollen. Allein im vergangenen Jahr waren es 26 000 Fälle. Dennoch ist der Ankauf der Steuerdateien politisch umstritten, vor allem im konservativen und liberalen Lager. Aber wer sind eigentlich die Menschen, die in Deutschland Steuern hinterziehen?*

»Ich habe mich oft gefragt: Was treibt diese Leute? Die lachen sich kaputt über Angestellte, die Steuern zahlen, sitzen aber am Wochenende in subventionierten Opersesseln und schicken ihre Kinder auf staatliche Schulen. Ich habe Familiendramen erlebt, wo selbst die Ehefrau von dem versteckten Vermögen nichts wusste. Oft sind diese Konten wie Leichen im Keller, die von Generation zu Generation weitergeschoben werden. Manchmal spüren wir bei den Betroffenen sogar eine gewisse Erleichterung – endlich kann dieses Geld ausgegeben werden. Bis heute bekommen wir an Weihnachten eine Postkarte von einem Beschuldigten, der uns dankt.«

**Reinhard Kilmer**, pensionierter Steuerfahnder aus Bochum

»Ich mache diesen Job jetzt seit mehr als 15 Jahren. Trotzdem sehe ich niemandem an, ob er ein Steuerbetrüger ist. Wenn wir Angehörige, Kollegen oder Nachbarn befragen, sagen die immer: »Steuerbetrug? Das hätten wir von dem nie gedacht!«

Eine Steuerfahnderin aus Leipzig

»Das Schlimmste für unsere Verdächtigen ist es, dass es überhaupt jemand wagt, sie zu behelligen: ein einfacher Staatsdiener, mit einem Durchsuchungsbefehl! Ich habe schon Tränenausbrüche erlebt. Herzanfälle. Einige kollabierten. Manchmal, wenn die Person etwas betagter war, haben wir vorsorglich eine Ambulanz um die Ecke warten lassen.«

**Reinhard Kilmer**, pensionierter Steuerfahnder aus Bochum

»Die Täter bei der Steuerhinterziehung sind überwiegend männlich. Sie gehören oft zur Elite der Gesellschaft – und diese Tatsache ist ihnen wichtig. Wenn sie etwas gemeinsam haben, dann ist es die Definition über das Geld. Sie haben ein inniges, ja fast erotisches Verhältnis zum Geld. Das Geld ist der Ausweis ihrer Stärke.«

**Werner Stupka**, Steuerfahnder aus Nürnberg

»Im Jahr 2000 saßen wir zufällig im Büro der Bochumer Staatsanwältin Margrit Lichtiginghagen, als der Postbote ihr dieses Paket in die Hand drückte: die berühmte erste Batliner-CD. Herbert Batliner betrieb damals die größte Anlageberatungskanzlei Luxemburgs. Ein ehemaliger Mitarbeiter von ihm hatte sich mit dieser CD abgesetzt. Er hatte sie schon *Spiegel*, *stern* und ZDF angeboten, aber weil die alle nicht zahlen wollten, schickte er sie jetzt uns. Auf dieser CD war purer Sprengstoff. Kurz bevor der *Spiegel* mit seiner Geschichte herauskam, war eine erste strafbefreiende Selbstanzeige eingegangen: von Paul Schockemöhle, dem Reitkumpen von Stefan Aust, dem damaligen Chefredakteur des *Spiegels*.

Wir Steuerfahnder aus Düsseldorf und Bochum werteten diese CD jetzt aus. Nach ein paar Monaten nahmen wir die ersten Durchsuchungen vor, Hand in Hand mit der Staatsanwaltschaft. Wir rückten an, gingen durch die Schränke –

meist vergeblich. Die betroffenen Personen stritten alles ab. Und hier kam Frau Lichtiginghagen ins Spiel. »Dann packen Sie mal Ihre Zahnbürste ein«, sagte die, wenn das Gespräch schleppend lief. Ein paar Stunden später saßen sie in U-Haft. Das Bochumer Gefängnis ist keine Komfortzone, Sie teilen sich dort die Zelle mit wenig angenehmen Zeitgenossen. Teilweise habe ich die Beschuldigten nach vier Wochen kaum wiedererkannt. Hochrangige Leute, die normalerweise mit Sitzheizung durch die Gegend fahren, dachten jetzt auf ihrer Pritsche nach. Ist es das wert? Muss ich hier liegen? Die Kooperation verlief dann meist sehr geschmeidig. Frau Lichtiginghagen weiß, wie man mit diesen Leuten reden muss.«

**Reinhard Kilmer**, pensionierter Steuerfahnder aus Bochum

*Am 14. Februar 2008 klingelte die Staatsanwaltschaft an der Tür des damaligen Vorstandschefs der Deutschen Post, Klaus Zumwinkel. Gleichzeitig durchsuchten Fahnder sein Büro. Zumwinkel musste als Postchef zurücktreten und 3,9 Millionen Euro Steuern nachzahlen. Später wurde er zu einer Geldstrafe von rund einer Million Euro sowie einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren auf Bewährung verurteilt.*

»Margrit Lichtiginghagen war eine Überzeugungstäterin. Sie hat diese Deals perfektioniert: Entweder ich klag dich an, oder du zahlst das Doppelte der hinterzogenen Steuer obendrauf. Wer 500 000 Euro hinterzogen hatte, zahlte 1,5 Millionen, um einer Anklage zu entgehen. Und da wir es oft mit Personen des öffentlichen Lebens zu tun hatten, zuckten die nicht mit der Wimper. Sie haben jetzt die Chance, eine gemeinnützige Einrichtung zu unterstützen«, sagte Lichtiginghagen ihnen. Kinderhospize, Streetworker-Vereine, Heime für sexuell missbrauchte Mädchen – sie alle wurden mit unserer Beute bedacht. Es gab Leute, die kritisierten, dass wir die Täter straffrei davonkommen ließen. Aber Lichtiginghagen fand: Ich nehme ihnen das ab, was sie am liebsten haben – ihre Kohle. Im Gefängnis, so ihre Logik, würden diese Straftäter den Staat nur noch mehr Geld kosten.«

**Reinhard Kilmer**, pensionierter Steuerfahnder aus Bochum

»Im Laufe der Jahre konnte durch unsere Arbeit mehr als eine Milliarde Euro an Steuern zurückgefordert werden. Doch der Fall des ehemaligen Postchefs Zumwinkel wurde mir zum Verhängnis. Jemand hatte unseren Durchsuchungstermin an die Presse durchgestochen, und als ich mit Zumwinkel aus dessen Villa trat, lauerten die Kamerteams schon an der Gartenpforte. Plötzlich war mein Gesicht bundesweit bekannt – ich war jetzt die Jeanne d'Arc aus Bochum, die härteste Steuerfahnderin der Republik. Heute bearbeite ich als Richterin Verkehrsdelikte, Fälle von Diebstahl und fahrlässiger Tötung. Aber noch immer sprechen mich Menschen auf dem Bahnsteig an: »Haben Sie toll gemacht, danke für Ihren Mut.«

Ob Staatsanwälte oder Steuerfahnder, die spektakuläre Fälle bearbeiteten – kaum einer der entsprechenden Beamten kam ungeschoren davon. Nehmen Sie etwa Winfried Maier, der heute wie ich als Richter tätig ist, Klaus Förster, Wolfgang Schauensteiner oder die Frankfurter Steuerfahnderin Frank Wehrheim, die sogar für psychisch krank erklärt wurden. Die Verfahrensmuster ähneln sich: Es werden Disziplinarverfahren angestrengt, anonyme Anzeigen mit haltlosen Vorwürfen erreichen die Behörde, einzelne Personen werden isoliert und am Ausüben ihrer Arbeit massiv behindert.

Im Nachhinein denke ich, ich hätte Anzeige erstatten sollen. Sämtliche Verdächtigungen gegen mich, wie etwa die, ich hätte Akten zurückgehalten, erwiesen sich als üble Nachrede oder ausgeklügelte Lügen. Eine Untersuchung des Düsseldorfer Justizministeriums kam zu dem Ergebnis: Nichts von alledem war haltbar. Doch weder wurde dies der Öffentlichkeit kundgetan, noch leitete man Ermittlungen ein, um die Täter zu bestrafen.

Als mir klar wurde, dass man mithilfe der Presse sogar meine Kinder in die Sache hineinzog, bat ich um Versetzung ans Amtsgericht. Warum mir das Ganze passiert ist, begreife ich immer noch nicht. Ich habe nur sehr gründlich meinen Job gemacht. Doch wenn Sie prominente Fälle bearbeiten, brauchen Sie auch prominente Rückendeckung.«

**Margrit Lichtiginghagen**, ehemalige Staatsanwältin in Bochum, heute Amtrichterin in Essen

»Wird tatsächlich jeder Staatsanwalt, der in großen Wirtschaftsstrafverfahren ermittelt, irgendwann fertiggemacht? Ich könnte es mir leicht machen und sagen, ich bin der Gegenbeweis, ich bin seit drei Jahrzehnten Staatsanwalt und immer noch da. Aber das wäre mir zu billig. Wir hatten und haben große Wirtschaftsstrafverfahren in unserer Region, und natürlich gab und gibt es da großen Druck. Die Wirtschaft versucht, auf die Politik einzuwirken – entscheidend aber ist, wie gut unsere Vorgesetzten diesem Druck standhalten. Wehe, sie halten den nicht aus. Ich hatte Glück mit meinen Chefs.«

Ein Oberstaatsanwalt aus Süddeutschland

*Das Eintreiben von Steuern ist eine unverzichtbare Aufgabe jedes Staates. Sie macht ihn erst handlungsfähig. Wie sonst soll er seine Polizisten bezahlen und Sicherheit schaffen? Wie seine Richter beschäftigen und für Gerechtigkeit sorgen? Vielleicht muss man es so sehen: Finanzermittler besetzen eine Schlüsselposition in dieser Gesellschaft, sie arbeiten an der Nahtstelle zwischen Politik und Wirtschaft, der Regierung und den Vermögenden. Die Art und Weise, wie mit ihnen umgegangen wird, weist auf die grundsätzliche Frage hin: Wer hat die Macht im Staat – die einen oder die anderen? Und für wen wird Politik gemacht?*

»Das größte Problem ist die Ausplünderung des sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmers. Die Reformen der letzten Jahre haben stets nur die Großen entlastet – jene mit 5000 Euro brutto und darüber, Konzerne und Selbstständige. Das ist ökonomisch ineffizient. Zuwächse bei den unteren Einkommen würden die Wirtschaft stimulieren. Zuwächse der ohnehin Vermögenden verpuffen fast ohne Effekt. Von der Frage mangelnder Gerechtigkeit gar nicht zu reden: Nur 25 Prozent zahlt man heute auf Kapitalerträge – jeder Geringverdienender hat eine größere Steuer- und Abgabenbelastung.«

**Prof. Lorenz Jarass**, Steuerrechtler

»Wenn ich von Fällen wie Zumwinkel oder Hoenes höre, denke ich: Was muss noch passieren, damit Politiker einsehen, dass es sich lohnt, mehr Finanzbeamte einzustellen? Es gibt jetzt jede Menge Selbstständige, aber machen wir uns doch nichts vor: Da draußen sind noch Tausende, die sich nicht anzeigen. Steuergerechtigkeit sieht in Deutschland so aus: Jemand, der ehrlich seine Steuern zahlt, wird bestraft. Die, die pokern, werden mit großer Wahrscheinlichkeit belohnt.«

**Stefanie Vogel**, Finanzbeamtin aus Stuttgart

ANZEIGE

**ZEIT SHOP**

**Praktische Tasche »Day Explorer«**

Der robuste Individualist für alle Tage.

Maße: 24 x 30 x 7,5 cm

Bestellnr.: 3608

Preis: 139,95 € zzgl. Versandkosten

[www.zeit.de/shop](http://www.zeit.de/shop)

»Seit ein paar Jahren führt die Bundesregierung eine schwarze Liste mit Ländern, die Steueroasen sind. Interessant ist: Die Liste ist leer. Nicht ein einziges Land steht darauf. Denn: Wer als Steueroase »Gesprächsbereitschaft« zeigt, stellt allein damit sicher, dass er nicht auf der Liste landet. Und warum zum Beispiel ist Dubai keine Steueroase? Weil das Wirtschaftsministerium, das deutschen Firmen dort ein gutes Geschäftsklima schaffen